

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachnummer: Frankfurt a. M. Nr. 7106.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattausgabe Nr. 658-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachnummer: Frankfurt a. M. Nr. 7106.

Bezugspreise: Zum Verlag bezogen: M. 9.50, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 10.50, durch die Träger ins Haus gebracht M. 12.— monatlich. — Bezugsbedingungen: — Im Falle höherer Gewalt, Verzug, die Ausgabezeiten, die Träger und alle Postanstalten. — Im Falle höherer Gewalt, Verzug, die Ausgabezeiten, die Träger und alle Postanstalten. — Im Falle höherer Gewalt, Verzug, die Ausgabezeiten, die Träger und alle Postanstalten.



Anzeigenpreise: Offizielle Anzeigen M. 2.—, Finanz- und Wirtschafts-Anzeigen M. 3.—, auswärtige Anzeigen M. 4.—, örtliche Anzeigen M. 7.—, auswärtige Anzeigen M. 10.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-Nachnahme für beide Ausgaben: 16 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Vorzipsplatz 15300.

Samstag, 4. März 1922.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 107. • 70. Jahrgang.

Die neue Teuerungswelle.

Das Kennzeichen des jetzt beginnenden Monats März wird ohne Zweifel ein scharfes Ansteigen aller Preise sein. Die Indexziffern werden weiter in die Höhe schnellen, denn die Teuerungswelle, von der Optimisten schon ein paarmal gehofft hatten, daß sie verebben würde, hat einen neuen kräftigen Antrieb erfahren. Vor allem wirkt hier die neue etwa zehnprozentige Erhöhung der Kohlenpreise, wie sie Reichskohlenverband und Reichskohlenrat in diesen Tagen beschlossen haben. Eine solche Erhöhung der Preise für den grundlegenden Faktor des Wirtschaftslebens — denn das ist doch die Kohle — muß sich natürlich stark im ganzen Wirtschaftsleben auswirken. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß Deutschland bei der Bemessung der Kohlenpreise nicht freie Hand hatte. Es ist auch hier nicht Herr im eigenen Hause. Bekanntlich hat die Entente — oder richtiger gesagt, England, denn Frankreich hat kaum ein Interesse daran — die Heraushebung der deutschen Kohlenpreise aufs Weltmarktniveau gefordert, da angeblich die billigen Kohlenpreise eine Unterstützung der deutschen Industrie bedeuteten und so die deutsche Konkurrenz (das deutsche Dumping) begünstigten. Auf der anderen Seite ist auch nicht zu verkennen, daß eine Heraushebung der deutschen Kohlenpreise dem Reich insofern die Reparationslasten erleichtert, als bekanntlich die 2,2 Millionen Tonnen Kohle, die Deutschland monatlich an die Entente abzuliefern hat, auf Reparationskonto dem Reich zum deutschen Inlandspreis gutgeschrieben werden. Die Annäherung des Kohlenpreises an den Weltmarktpreis ist jedenfalls ein wichtiger Schritt gefördert worden, wenn auch die Weltmarktpreise noch nicht ganz erreicht werden. Nimmt man aber hinzu, daß mit dem 1. März auch eine 20prozentige Erhöhung der Gütertarife eingetreten ist, die sich heute um 3315 Prozent höher als die Friedenskraft stellen, und setzt man ferner in Rechnung, daß demnächst auch die Erhöhung der Kohlensteuer von 20 auf 40 Prozent in Kraft tritt, so ist die Differenz zwischen dem deutschen Inland- und dem Weltmarktpreis so gering, daß schon nicht allzu erhebliche Salutschwankungen die Differenz aufheben könnten.

Ein solches Ansteigen der Kohlenpreise muß naturgemäß eine Erhöhung der Tarife für elektrischen Strom und für Gas (von der Verteuerung des Hausbrandes gar nicht zu reden) nach sich ziehen. Daß eine solche Preissteigerung auch die Eisenbahn, die einer der größten Kohlenkonsumenten ist, bald mit einer Erhöhung der Tarife folgen lassen wird, sei nebenbei bemerkt. Ebenso sei nur angemerkt, daß auch die oben schon berührte Steigerung der Gütertarife sowie die Heraushebung des Zollaufgeldes von 3900 auf 4400, die ebenfalls am 1. März in Kraft trat, preissteigernd wirken müssen. Die Folgen sind natürlich neue Lohnforderungen — es sei nur darauf verwiesen, daß die Berliner Gemeindefunktionäre bereits Forderungen gestellt haben, die eine Mehrbelastung des Stadtsäckels um 1400 Millionen Mark jährlich bedeuten — neue Streiks usw., kurzum eine starke weitere Drehung der Schraube ohne Ende.

Die Steigerung der Produktionskosten — erhöhte Kohlenpreise und erhöhte Löhne — wird aber auch die deutsche Industrie im Wettbewerb mit anderen Ländern außerordentlich hemmen und damit ist allerdings die Absicht des englischen Vorstoßes erreicht. Es wird der deutschen Industrie nicht mehr möglich sein, überall konkurrenzfähig zu bleiben, zumal man nicht vergessen darf, daß die mit im Wettbewerb stehenden fremden Länder planmäßig einen Abbau ihrer eigenen Preise vornehmen. In Rechnung zu ziehen ist ferner, daß ein großer Teil der deutschen Industrie durch die Sachlieferungen, deren Wert 1450 Goldmillionen im Jahr erreichen soll, beschäftigt sein wird, also nur für Reparationskonto arbeitet und so als Konkurrent auf dem freien Weltmarkt ausscheidet. Das wird eine weitere Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz bedeuten. Nun könnte man allerdings darauf hinweisen, daß die deutsche Handelsbilanz in den letzten Monaten, Dezember und Januar, zum erstenmal wieder aktiv gewesen sei, daß also die deutsche Ausfuhr sich beträchtlich gesteigert haben müsse. Tatsächlich verzeichnet auch die Statistik, wie wir bereits in Nr. 101 des Wiesbadener Tagblatts vom 1. März mitteilten, für Januar einen Ausfuhrüberschuss von 1,7 Milliarden Papiermark. Bei genauerer Betrachtung der Zahlen ergibt sich aber, daß dieser Ausfuhrüberschuss keineswegs als ein Zeichen gesunder Entwicklung angesehen werden kann. Er war einmal mit einer Einschränkung der Lebensmittelausfuhr erlaubt und es ist ferner zu bedenken, daß das hochindustrielle Deutschland in hochwertigen Fertigfabrikaten seinen Export vermindert hat, um dafür entsprechend mehr Rohstoffe

und Halbfabrikate an den Weltmarkt abzugeben. Das ist natürlich im höchsten Grade unerwünscht, zumal der Rohstoffüberschuss Deutschlands nach dem Versailler Friedensvertrag gering ist. Das Ziel muß daher stets sein, hochwertige Qualitätsware, nicht aber Rohstoffe auszuführen.

Es liegt natürlich die Gefahr nahe, daß die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt, abgesehen davon, daß sie zu einer weiteren Verschlechterung der deutschen Zahlungsbilanz führen muß, auch Betriebseinschränkungen und Stilllegungen nach sich ziehen wird, zumal auch der Absatz im Inland nachlassen dürfte, da die eintretenden Preissteigerungen ein weiteres Nachlassen der Kaufkraft weiter Bevölkerungskreise bedingen. Das würde aber wieder ein Anwachsen des Arbeitslosen-Heeres bedeuten. Schon der Januar brachte eine Erhöhung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen, die bekanntlich nicht gleich der Zahl der Erwerbslosen überhaupt zu sehen ist, von 165 000 auf 195 000. Bei einem Abflauen der Konjunktur würde natürlich die Zahl der Arbeitslosen weiter stark wachsen. Tatsächlich haben sich auch die Staatsbehörden mit diesem Problem bereits wiederholt beschäftigt, da der Ernst der Lage nicht zu verkennen ist. Das sind Ausflüchte, die alles andere als erfreulich sind, denen man aber doch ins Auge sehen muß!

Reichstagspräsident Lobe über Lloyd George.

Br. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) In einer am Donnerstagabend stattgefundenen Versammlung in Berlin sprach der Reichstagspräsident Lobe über die außenpolitische Lage. Er führte u. a. aus: Über den Kanal kommen Nachrichten von Rüdritschs abgelehnt Lloyd Georges. Ich würde einen solchen Rücktritt außerordentlich bedauern. Die internationale Wirtschaftskonferenz ist bereits durch die Ministerien in Frankreich und Italien vorübergehend getrennt worden. Lloyd George sei die härteste motorische Kraft unter den Staatsmännern der Siegerländer, die eingeschlagen haben, daß Europa nicht gefunden könne ohne eine Andersgestaltung der deutschen Reparationsverpflichtungen. Lloyd George sei der Staatsmann, der für ein Zusammenwirken der Völker Europas in Wirtschaftsförderung eintritt. Ich will hoffen, daß es ihm gelingt, vom Vertrauen seiner Landsleute getragen, seine von klarem Zielbewußtsein geleitete Politik fortzusetzen.

England für einen freien Rhein.

Br. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Londoner Drahtung der „D. A. Ztg.“ hielt in der Royal Society of Arts Sir Joseph Brodhead einen Vortrag, in dem er die Unmöglichkeit auf ein bevorstehendes Ereignis lenkte, das, wie er sagte, verhängnisvolle Wirkungen auf den englischen und besonders auf den Londoner Handel ausüben könne: den Bau des geplanten Seitenschiffs längs des Rheins von Basel nach Straßburg. Er zurechnete dem Unternehmen das Handelsamt auf Anregung der Londoner Handelskammer und anderer Körperschaften Schritte. Ein freier Rhein sei eine Lebensnotwendigkeit, nicht nur wegen des wertvollen Handels Englands mit der Schweiz, sondern auch wegen seiner Ausdehnung nach Italien und den anderen Ländern Mitteluropas. Zu diesem Zweck sei es, ob nun dieser Kanal gebaut werden wird oder nicht, für England unbedingt notwendig, daß der Stromweg offen gehalten und die Arbeiten zur Vertiefung und Regulierung durchgeführt würden.

Ein Stinnes-Vertreter in Rußland.

Br. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Der in Berlin erscheinende russische Zeitung „Golos Rossii“, deren Herausgeber der Führer der Sozialrevolutionären, Tschernow, ist, wird aus Moskau geschrieben: Hier weilt zurzeit ein Vertreter von Stinnes, Herr Direktor Fehrmann. Die privaten Unternehmungen, die ehemals große Betriebe in Rußland besaßen, haben sich geweigert, mit dem Vertreter von Stinnes in Verhandlungen einzutreten. Im allgemeinen sind die Aussichten für Stinnes bei den privaten Unternehmern und in halbamtlichen Kreisen sehr gering. Der Kampf gegen Rathenau ist in Moskau allgemein bekannt. Die ehemaligen Industrie- und Handelsleute stehen auf Seiten Rathenaus, der hier als Direktor der A. E. G. allgemein bekannt ist. Hinter Rathenau steht Krassin, so daß der Kampf, der sich in Deutschland zwischen Stinnes und Rathenau abspielt, in Rußland zwischen Krassin und Radet, der Stinnes unterstützt, ausgetragen wird.

Ausweisungen aus Rußland.

Br. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Offiziellen Mitteilung aus Moskau teilt die politische Abteilung des Volkskommissariats für Inneres mit, daß das Zentralkomitee der Partei der Sozialrevolutionäre und eine Reihe der Mitglieder des Obersten radikalen Tribunals ausgewiesen worden sind, da sie nach einer Broschüre Semionows einer Reihe von Attentaten auf die bedeutendsten Sowjetführer schuldig seien.

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt dazu, daß im Ausland weilen den Mitgliedern des Zentralkomitees der russischen Sozialrevolutionären Partei befristeten enklavierten die Mittelungen Semionows, und bezeichnet ihn als Abenteuerer. Die jetzt den Berichten überwiegen Sozialrevolutionären Führer befinden sich zum großen Teil seit Jahren im Moskauer Butyrka-Gefängnis, ohne daß Anklage gegen sie erhoben wäre.

Koalition und Steuerkompromiß.

Br. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Reichskanzler Dr. Brüning hat gleich nach seiner Rückkehr nach Berlin eine Kabinettsfrage zu stellen. Die Ausdrücke über die neu entstandenen Koalitionsfragen werden morgen im Reichstag vorgetragen werden. Die Hermes-Krise, oder, besser gesagt, die ewig schwebende Frage der Koalitionserweiterung nach rechts oder links befindet sich also noch nicht auf dem Wege der Lösung. Die interfraktionellen Besprechungen über das Steuerkompromiß, die, wie man erwartet, heute vormittag wieder einleiten sollten, haben noch nicht begonnen. Das Interesse wendet sich zunächst dem Steuerkompromiß zu, der heute vormittag seine Beratungen fortsetzt. Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern bereits im Ausschuss angetragen, ob die Deutsche Volkspartei sich noch an das Steuerkompromiß gebunden fühlt.

Br. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir hören, beabsichtigt der Reichskanzler voraussichtlich am kommenden Montag die Koalitionsparteien und die Deutsche Volkspartei bei sich zu empfangen. Dadurch würden die Verhandlungen über die Fortsetzung der Koalitionserweiterung in ein neues Stadium treten.

Br. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, ist das Verlangen des Ministers Dr. Hermes an den Reichskanzler auf Neuweisung des Reichsfinanzministeriums nicht neuerlichen Datums, sondern hat etwa 14 Tage zurück. Die Annahme, daß es sich hierbei um ein ultimatives Verlangen handelt, wird von offizieller Seite für unzutreffend erklärt.

Die Reichspräsidentenwahl.

Br. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „D. A. Ztg.“ meldet, finden über die Neuwahl des Reichspräsidenten in den nächsten Tagen Besprechungen im Reichstag statt. Man dürfte sich einigen, die Neuwahl nicht vor Herbst vorzunehmen. Eine Verschiebung der Wahl bis zur nächsten Reichstagswahl ist nicht geplant.

Petersen über „Nationale Politik und Parteien“.

Br. München, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) In einer vom demokratischen Kreisverband München veranstalteten und sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung sprach der Vorsitzende der Deutschen demokratischen Partei, Senator Dr. Petersen, über „Nationale Politik und Parteien“. Unter starker Herausarbeitung der Gegensätze zwischen der sachlichen Verbandspolitik Bismarcks und der Gefühls- und Willenspolitik Wilhelms II. erklärte der Redner, daß nationale, politische und heute mehr denn je nötige sei, nachdem die Verhältnisse der ganzen Welt unter dem Eindruck der Schuldfrage gegen uns aufgewühlt wurden. Die Monarchen seien dahin gegangen, weil sie in eigener Rücksichtlosigkeit und im Machtbewußtsein der Reichsparteien das politische System nicht rechtzeitig ausgebaut hatten. Die neue Staatsform sei gekommen als der einzige mögliche Ausweg aus dem Zusammenbruch. In einer Zeit wie der heutigen dürfe unter keinen Umständen die Parteipolitik über die nationale Politik gestellt werden. In Fragen der nationalen Erziehung des Volkes verfolge das Volk, im Reichstag in erster Linie Deutsche zu leben und nicht Parteipolitik. Vor allem die Fragen der auswärtigen Politik dürften nicht mit parteipolitischen Egoismen belastet werden. Diese Politik hätten wir gegenüber der Zukunft, aber auch gegenüber den Toten des Weltkriegs. Der Vortragende, bei dessen Schlusswort es zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen einem Sozialisten und einem deutschnationalen Zwischenrufer kam, fand ungewöhnlich harten Beifall.

Die hannoversche Frage.

Br. Hamburg, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Während sich in Wilhelmshafen der Oberpräsident der Provinz Hannover stark gegen die Bestrebungen der Rechten ausspricht, erklärte zu derselben Zeit in Stade der Reichstagsabgeordnete Alpers, daß das von Bismarck geschaffene Reich allein um der Macht aufgebaut worden sei. Ein deutscher Staat (gemeint ist Preußen) dürfe nicht über den anderen herrschen. Das Reich könne nur gefunden, wenn Preußens Übermacht gebrochen würde. Die hannoversche Frage sei eine deutsche Frage. Was Preußen an Hannover verlor, würde das Reich gewinnen. Von der Versammlung wurde ein Beschluß angenommen, in dem gegen die Entschärfung des Reichstags zum Ausführenden, seit Artikel 18 der Reichsverfassung, protestiert wird.

Der schweizerische Gesandte in Berlin.

Br. Berlin, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Die „D. Tageszeitung“ erzählt aus Zürich: Der schweizerische Gesandte in Berlin, Minister v. Planta, der zum Begräbnis seines kranken verstorbenen Sohnes in Davos weilte, ist am Donnerstagabend plötzlich an Lungenentzündung gestorben.

Ein Bischof Kattowitz.

Br. Breslau, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) In Kattowitz fand eine Sitzung des polnischen obersten Volksrates statt. Der Chef des Ausschusses für Religionsangelegenheiten forderte eine besondere oberkirchliche Disziplin mit dem Bischof in Kattowitz. Der oberste Rat beschloß einstimmig eine Resolution, nach der die Bitte an den apostolischen Stuhl zu wenden wegen Absonderung der oberkirchlichen Monarchie von der Breslauer Diözese.

Die russische Hungersnot.

Br. Berlin, 2. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „D. A. Ztg.“ aus London hört, befaßt der Bericht des englischen Delegierten für die russische Disfaktion, Sir Robertsons, daß die Lage in Sowjetrußland wegen des Umfangs der Katastrophe ganz hoffnungslos sei. Nach Robertsons Erfahrungen ist die Lage der hungernden Bevölkerung in Rußland zurzeit viel schlimmer als im Vorjahr, weil die gesamte Bevölkerung von der Hungersnot betroffen ist und die Bauern überhaupt kein Korn mehr haben.

Kroatien und die südslawische Einheit.

Der südslawische Staat, das Königreich der Serben, Kroaten und Slaven, wie er sich amtlich nennt, hat in den drei Jahren seines Bestehens noch wenig Zeit für den inneren Ausbau seines Verfassungsliebens gehabt. Er hat sich allerdings eine Verfassung gegeben, die die Einheit dieses aus drei Volksstämmen zusammengeschiedenen Staates in einer sehr zentralistischen Form festsetzt einer Form, die weit zentralistischer ist, als beispielsweise die Verfassung Deutschlands auch nach der republikanischen Umgestaltung. Aber eben dieser Zentralismus ist gerade das, was dem neuen Staat gefährlich zu werden droht. Die im Spätherbst 1920 gewählte konstituierende Versammlung hat eine Verfassung errichtet, die sich auf eine große zentralistische Mehrheit stützen konnte. Aber schon bei ihrer Annahme im Mai vorigen Jahres kam es in der Versammlung zu sehr heftigen Auseinandersetzungen, und es fehlte nicht an Warnungen an die Mehrheit, den Bogen zu überspannen. Man hörte damals nicht darauf, und nun zeigt sich, daß das mechanisch angewandte Mehrheitsprinzip zu bedenklichen Konsequenzen führen kann, wenn es nämlich von einem erheblichen Teil des Volkes als Unrecht empfunden wird.

Von Anfang an sind es besonders die Kroaten gewesen, die auf Grund ihrer historischen Vergangenheit das größte Mehrheitsprinzip für sich als eine Vergrößerung empfinden. Die Kroaten nehmen in Südslawien eine ähnliche Stellung ein wie etwa die Bayern im Deutschen Reich. Sie sind zwar autochthon, unterscheiden sich von den Serben eigentlich nur durch ihren lateinischen Kirchenglauben und das lateinische Alphabet, während die Serben orthodoxen Glauben und kyrillisches Alphabet haben. Die kroatische und serbische Sprache aber sind bis auf ganz kleine landwirtschaftliche Abweichungen genau das gleiche, also, daß man dieselbe Wortwahl lateinisch wie kyrillisch schreibt. Aber eine jahrhundertelange Vergangenheit bringt allerdings im Denken Unterschiede auf, die in der Schnelllebigkeit einer parlamentarischen Politik nicht leicht vermischt werden können. Die Serben erscheinen sich als die Breiten oder Viemontenen Südslawiens. Es gab vor dem Krieg in Belgrad geradezu ein Wort mit dem Namen „Viemon“. Sie haben nach ihrer Meinung den neuen Staat gemacht, und in der Tat sind anerkannt worden, daß ihre fabelhafte Energie und Begeisterung, ihre in der Wahl der Mittel ganz bedenkenlose Bereitschaft zur Zerstörung des Habsburger Reiches und zur Bildung des neuen Staates wirklich das meiste beigetragen haben. Aber wenn das auch richtig ist, so wollen die Kroaten daraus doch keinen Anstoß auf eine erbliche Hegemonie anerkennen. Sie gehörten zwar zu Anhängern, aber sie gehören unter ihrem besonderen Banner wieder dem ungarischen Gesamtstaat gegenüber eine Selbstständigkeit, die, je länger, desto empfindlicher magyarische Zentralisierungsversuche auftritt. Nun ist zwar der Serbe sehr magyar, aber der Kroat denkt partikularistisch, und ihm ist der von Belgrad geschickte Beamte ebenso unangenehm wie früher der von Ofen geschickte, den er nach einiger Zeit aus dem Lande hinausjagte. Der Serbe ist zwar sein Bruder, was er in der Theorie gern anerkennt, aber reseriert darin in Kroatien nicht.

Das ist nun der Grund fortwährender Haders. Von Anfang an hat der Führer der kroatischen Bauernpartei, Radich, ein im Grunde verwerflicher, aber das Volksgefühl mit fester Hand beherrschender Mann, den südslawischen Staat als Einheit anerkannt, aber sich dem Belgrader Parlament ferngehalten. Eine kroatische Republik unter seiner Führung, vielleicht sogar mit dem alten Titel des „Banus“, wäre sein Ideal. Unterordnung unter eine Belgrader Regierung? Nein! Mit ihm bleiben 63 Abgeordnete des kroatischen Blocks (Bauernpartei und kroatische Vereinigung), d. h. zwei Drittel aller kroatischen Abgeordneten, der Skupshtina fern. Sie haben gegen die Verfassung gestimmt und sie erklären durch ihre dauernde Abwesenheit ihren künftigen Widerstand gegen das, was im Belgrader Parlament geschieht. Da die etwa 50 Kommunisten ihrer Mandate für verlustig erklärt worden sind, so ist auf diese Weise die Skupshtina im Grunde nur noch ein Rumpfparlament. Nach langen Debatten hat nun allerdings das mühsam gebildete neue Kabinett Radich, das den konservativen Zentralismus unentwegt vertritt, ein Vertrauensvotum dieses Rumpfparlamentes erhalten, aber in den Debatten kam doch auch schon in ersten Tönen zum Ausdruck, daß ohne eine Verständigung mit Kroatien eine geordnete Arbeit des Parlamentes unmöglich sei.

Statt der Verständigung aber kommt nun die Nachricht, daß die 63 Abgeordneten des kroatischen Blocks beschlossen haben, sich mit einer Denkschrift an die Konferenz von Genoa zu wenden, um ein Eingreifen in dem Sinne der Selbstständigkeit Kroatiens, sei es als völlig souveräner Staat, sei es mit einer homogenen inneren Südslawien, herbeizuführen. Dieser Schritt kann nach außen hin keine Folgen haben. Denn die Konferenz von Genoa hat keine Befugnis und denkt vermutlich gar nicht daran, sich in die inneren Verhältnisse Südslawiens einzumischen. Aber in Belgrad hat diese Absicht der Kroaten heftige Entrüstung hervorgerufen. Man spricht von „Verrat“, droht mit schweren Repressalien und legt den Kroaten, daß

es ihnen völlig an politischer Einsicht fehle. Daß man durch solches Auftreten die Leute in Karam gewinnen wird, ist sehr zu bezweifeln. Bewegungen wie diese werden oftmals weniger von politischer Einsicht als von Gefühlen geleitet. Daß man aber in Belgrad diese Gefühle, die sich schon in den Karamer Gemeindevahlen vor einigen Monaten warnend kundgaben, misachten zu können glaubte, zeigt doch nun auch wieder, daß den geistigen Serben einen bedenklichen Mangel an Einsicht. Wenn der Schritt der Kroaten, der ins Ausland geht, ist eine Verleumdung. Aber ohne einen Ausbruch und ohne eine Forderung des harten Zentralismus wird es auf die Dauer nicht gehen, zumal da auch aus dem slowenischen Lager Stimmen ertönen, die eine stärkere Rücksichtnahme auf geographische und historische Eigentümlichkeiten fordern. In Deutschland können wir diesen Vorgängen ganz objektiv zusehen. Im Grunde könnte uns der zentrale Zentralismus sogar recht sein. Denn in Belgrad steht man Deutschland mit weniger Vorurteilen gegenüber als beispielsweise in Laibach, wo man das Deutsche gebissig verfolgt und auslachen möchte. Aber ein Zentralismus ließ sich wohl im absolutistischen Frankreich machen, im demokratischen Südslawien ist er ebenso unmöglich wie im demokratischen Deutschland, und Kroatien wird keine homogene bekommen müssen, wie es Irland schließlich bekommen hat, wenn die südslawische Einheit sich behaupten soll.

Die Tschechoslowakei und Südslawien.

W.T.B. Brüssel, 2. März. Über die Beratungen des Ministerpräsidenten Beneš mit dem südslawischen Außenminister Ristić wurde folgender amtlicher Bericht veröffentlicht: Die beiden Minister haben sich in der heutigen Konferenz über ihre politischen Unterredungen in Bukarest, Paris und London unterrichtet. Sie erörterten alle Fragen der internationalen Lage der beiden Länder und des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten. Insbesondere befaßten sie sich mit der Genueßer Konferenz und der Organisation der vorbereitenden Arbeiten sowie mit der Zusammenkunft der Sachverständigen der kleineren Entente und Solens, die am 5. März in Belgrad beginnt. Die Minister konsultierten in allen besprochenen politischen und wirtschaftlichen Fragen ihr volles Einvernehmen.

Vor einer polnischen Regierungskrise?

W.T.B. Warschau, 2. März. Der polnische Minister des Äußeren Skirmunt stellte in der Sitzung des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ganz unerwartet einen Antrag auf ausdrückliches Vertrauensvotum für keine Außenpolitik. Er will seine Reise nach Paris und London erst antreten, wenn ihm das Vertrauen ausgedrückt ist. Am Donnerstag findet eine neue Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt, worin die Vertrauensfrage erörtert werden soll. Die innenpolitische Lage ist so verwickelt, daß man nicht übersehen kann, ob das Verlangen des Außenministers nicht den Rücktritt des ganzen Kabinetts zur Folge haben wird. Die Demokraten verlangen eine endgültige Entscheidung, die ihren Wünschen entsprechend gegen das Kabinett ausfallen soll, obwohl sie nicht verstehen, daß die gegenwärtige Lage für einen Ministerwechsel sehr wenig günstig ist. Jedenfalls gilt die Stellung des Kabinetts als ziemlich erschüttert, zumal da gegen den Innenminister wie gegen den Vorsitzenden des Hauptlandesamtes erhebliche Anklagen vorgebracht werden. Der Sejmpräsident hat in einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten den Rücktritt beider ausdrücklich verlangt.

Die Veränderung im englischen Kabinett.

W.T.B. London, 3. März. (Drachbericht.) Lord Trevellyn, der erst im vergangenen Jahr zum Lord Oberichter ernannt worden war, hat keine Entlassung eingereicht. Wie verlautet, ist der Attorney-General Bewart bereit, den Posten des Lord Oberrichters zu übernehmen, was zu Veränderungen im Kabinett führen wird.

Aus dem englischen Unterhaus.

W.T.B. London, 3. März. (Drachbericht.) Die Anfrage Gratton Douglas über die angebliche Abkühlung der Regierung, dem früheren Kaiser und den deutschen Kriegsbeschuldigten den Trost zu machen, ist von der Regierung im Unterhaus nur mit einem Hinweis auf die früheren Antworten bei ähnlichen Fragen beantwortet worden. In Erwiderung auf eine weitere Anfrage wiederholte Lord George das Versprechen, daß dem Parlament Gelegenheit gegeben wird, die Bedingungen des englisch-französischen Abkommens zu erörtern, ehe England in Verbindung mit diesem Abkommen irgendwelche Verpflichtungen eingeht.

Vertagung des Deal Circann.

W.T.B. Dublin, 3. März. (Drachbericht.) Nach der gestrigen Sitzung, die abermals mit heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsanhängern und den Vertragsgegnern verbracht worden war, hat sich der Deal Circann auf den 25. März vertagt.

ist, wie Sie annehmen. Er wird sicherlich nur eine unvorsichtige Äußerung gegen Rainer gemacht haben. Mit dem ist er nämlich auf irgendeine Weise bekannt geworden und spricht gern von „dem charmanten Baron“, wie er ihn nennt. Lassen wir die Sache also lieber ruhen, Herr Graf.

Herr Eider, Sie wissen, daß ich großes Vertrauen zu Ihnen habe, aber stellen Sie es nicht auf eine zu harte Probe. Wie kann ich es dulden, daß so über Fräulein von Seeheim geredet wird! Sie können sich denken, in welchem Seelenzustand sie sich befindet. Da ich mich aber gewissermaßen... nun sagen wir, als ihr geschäftlicher Vertreter betrachte, so fühle ich mich dafür verantwortlich und...

„Ich begreife Sie vollkommen und fühle Ihnen nach, wie sehr Sie wünschen, irgendwie handelnd einzugreifen, Graf Elsbürg. Aber ich gebe Ihnen mein Wort darauf, daß die Sache sich in kürzester Frist klären wird. — Ah, das Telefon!“

Er sprang blühend vom Stuhl auf und griff nach dem Hörer.

„Hier Eider. Sind Sie's, Beermann? ... Na, Gott sei Dank! Endlich! ... Das ist ja glänzend! Ich komme sofort hin. Warten Sie auf mich! ... Ich muß dabei sein. Haben Sie auch die angrenzenden Dächer berücksichtigt? ... Schön! In fünf Minuten bin ich da.“

Er hingte an, griff nach seinem Hut und sagte hastig:

„Ich hoffe am Ziel zu sein, Graf Elsbürg. Verzeihen Sie, aber ich habe keine Sekunde zu verlieren.“

„Bitte, nur keine Umstände, Herr Eider! Was ist denn geschehen?“

„Das Wild, dem ich seit Tagen nachstelle, ist in die Falle gegangen. Ich muß mir rasch ein Auto verschaffen, um dafür zu sorgen, daß es uns nicht entwischt“, leuchtete Eider, während die beiden in atemloser Hast die Treppe hinab und auf die Straße hinaus eilten. „Ah, da kommt ja ein Auto! Ist es leer? Ja, gottlos! Hedda! Chauffeur! ... Ich muß so schnell

Eine nochmalige Verschiebung der Konferenz von Genue.

D. Bazel, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Der „Beitrag“ bestätigt die Nachricht der „Weltminister Gazette“, daß die Konferenz von Genue aus politischen und anderen Gründen auf den 25. April verschoben werden soll. Es sei zwar möglich, daß wegen der zwischen dem 20. April und 4. Mai in London stattfindenden Budgetberatung eine Vertagung der Konferenz bis in die zweite Maiwoche erfolgen würde. Die am 8. März in London beginnende Konferenz der alliierten Finanzminister und Sachverständigen, welche über die Verteilung der deutschen Reparationen verhandeln soll, wird sich auch mit der Konferenz von Genue beschäftigen.

Eine neue ungarische Wahlordnung.

W.T.B. Budapest, 2. März. Laut ungarischem Korrespondenzbüro erklärte Graf Bethlen, Vizepräsident der Regierung, entsprechend dem Ergebnis der Beratungen der verfassungsgesetzlichen Konferenz, demnach die Wahlordnung im Verordnungswege in Kraft treten. Es werde dann die Aufgabe der neuen Gesetzgebung sein, die eigentliche Wahlrecht zu schaffen. Die Wahlordnung werde mit der früheren Gesetzesvorlage der Regierung übereinstimmen und den Wünschen der Opposition größtenteils Rechnung tragen. In Budapest und in den künftigen Freistädten würden die Wahlen geheim, in der Provinz öffentlich sein. Auf diese Weise hoffe die Regierung eventuellen Auswüchsen der Extremisten von rechts wie von links am wirksamsten zu begegnen. Die Freiheit der Wahlen werde durch die strengsten strafrechtlichen Bestimmungen gesichert werden.

Die französische Militärreform.

W.T.B. Paris, 3. März. (Drachbericht.) In der gestrigen Kammerdiskussion wurde die Debatte über die Militärreform fortgesetzt. Der Generaloberster, Abg. Labrie, erörterte in weitestehender Weise, warum der Heeresausbau für die 18 monatige Dienstzeit ausgesprochen hat. Der Ausbruch hat die Bedingungen über die Kapitulanten, Eingeborenen und die Zivilangehörigen bestritten, an die im Regierungsantrag die Durchführung der Reform gebunden war. Der Ausbruch sei aber noch weiter gegangen und habe im Geleise den überganasscharakter zum Ausdruck gebracht. Vor dem Krieg, so fuhr der Generaloberster fort, hat Deutschland im Vertrag von Frankfurt mit sich geeinigt, heute hat es alles geändert. Heute ist es Frankreich, das Deutschland hindert, zu rücken.

Die französisch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen.

D. Bazel, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) In den französisch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen sind erste Differenzen aufgetreten, die sogar den Abbruch der Verhandlungen als wahrscheinlich erscheinen lassen. Man hofft jedoch, daß es möglich sein wird, die Meinungsverschiedenheiten aus der Welt zu schaffen.

Der neue italienische Ministerpräsident über seine Aufgaben.

D. Mailand, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der neue Ministerpräsident de Facta erklärte gegenüber Pressevertretern, daß es sein Betreiben sei, endlich drei Jahre nach Beendigung des Krieges eine normale Arbeit des italienischen Parlamentes herzustellen. Als eine seiner Hauptaufgaben betrachte er es ferner, für die geordnete Wiederherstellung der Finanzen und die sofortige Wiederaufnahme der Industrieltätigkeit zu sorgen. Die politischen Budgets müßten rasch behandelt werden. Er hoffe, daß sein Amt zur Klärung der schwierigen Lage beitragen werde.

D. Mailand, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Infolge des Rücktritts des italienischen Volk- und Telegrammenministers wird der Ministerpräsident de Facta dieses Postens rasch vorübergehend mitübernehmen.

D. Mailand, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Gruppe der Arbeiter Frontana ist von seinem Posten zurückgetreten, weil er mit der Wahl des Vertreters seiner Gruppe im neuen Ministerium nicht einverstanden ist.

D. Mailand, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Corriere della Sera“ zufolge, wird die Wiedereröffnung des italienischen Parlamentes erst am 18. März erfolgen.

Das Pacific-Abkommen vor dem amerikanischen Senat.

W.T.B. Washington, 3. März. (Drachbericht.) Der Senat hat die Debatte über den Pacific-Vertrag begonnen. Hiram Bland wandte sich gegen den Vertrag und erklärte, er würde zu sehr einem Bündnis gleichkommen und könnte die Vereinigten Staaten in Feindschaften verwickeln, wenn nicht Sicherungen darin aufgenommen würden. Penrod trat für den Vertrag ein.

wie möglich nach der Seilerstraße. Fahren Sie wie der Teufel! Es steht viel auf dem Spiel. Ich zahle nur... Polizeistrafen und alles...“ Er sprang in Wagen.

„Eider, nehmen Sie mich mit, ich bitte Sie!“ rief Elsbürg erregt und stieg ein, ohne eine Antwort abzuwarten.

Das Auto machte einen raubtierähnlichen Satz nach vorwärts und saufe in rasender Fahrt von dannen.

„Sie glauben, dem Diamantendieb auf der Spur zu sein?“ fragte Elsbürg freudig.

„Wenn mich nicht alles täuscht, ja. Ich habe Beweise. Gleich von Anfang an vermutete ich, daß der Täter sich in der Abenddämmerung in die Villa eingeschlichen und irgendwo im Hause versteckt hat. Verlassen hat er es dann nach begangenem Diebstahl durch ein Bodenseiter, von wo aus man sich in die Zweige der großen Linde an der Rückfront hinausschwingen und bequem auf festen Boden gelangen kann. Aber das Gartengitter hinüberzukommen, ist dann natürlich Kinderspiel. Unter der Linde entdeckte ich gleich bei meiner ersten Untersuchung eine gut erhaltene, tief eingedrückte Fußspur und einen Knopf mit einem Fingerring daran, der offenbar beim Hinabgleiten am Baumstamm von dem Anzug des Diebes abgerieben war. Offen gesagt, hatte ich erst Rainer im Verdacht, aber das war ein Irrtum, denn als ich mir die Freiheit nahm, mich in einem unbewachten Augenblick in sein Hotelzimmer einzuschleichen, ergab es sich, daß die Fußspur nicht von ihm herkam und daß auch kein Anzug vorhanden war, an dem jener Knopf und der Fingerring fehlte. Inzwischen erfuhr ich aber allerlei über seine Vergangenheit, was auf alte Bekanntschaft oder gar Genossenschaft des Barons mit einem internationalen Verbrecher schließen ließ, der wegen Bantnotenfälschung im New Yorker Staatsgefängnis gesessen hat. Auf eine mir noch unbekannte Weise ist er aus Sing-Sing ausgebrochen, und man teilte mir mit, daß er nach Europa, und zwar vermutlich nach Deutschland, geflohen sei. Ich verschaffte mir sein

(50. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

In der Nacht.

Roman von E. v. Knoch.

„Bitte, nehmen Sie Platz, Herr Graf. Darf ich fragen, wer Ihnen das gesagt hat?“

„Ah, wenn nur ich es gehört hätte, das ginge ja noch, denn ich werde schon Mittel und Wege finden... Aber Baron Rainer hat es Fräulein von Seeheim gerade ins Gesicht gesagt!“

„Baron Rainer... Fräulein von Seeheim?“

„Ja, als sie ihn abweisen ließ, hat er sie im Garten überfallen und versucht, sie mittels dieser angenehmen Mitteilung zu bewegen, seine Frau zu werden. Ich kam glücklicherweise zufällig hinzu und konnte sie vor diesem ritterlichen Bewerber retten.“

Eider schüttelte bedenklich den Kopf.

„Ging das gut ab?“ fragte er mit einem forschenden Blick.

„Nun, ich brachte sie in Sicherheit, und — das übrige wird sich finden. Aber nun antworten Sie mir auf meine Frage!“

„Ja, daß der Kriminalkommissar Wörle von Anfang an dieser abenteuerlichen Auffassung zuneigte, stimmt. Er ist ein alter Narr und gefällt sich darin, unter allen Umständen eine Stellung einzunehmen, die von der aller anderen Beteiligten abweicht. Aber er hat mir versprochen, mir noch kurze Zeit freie Hand zu lassen und nicht eher einzugreifen, als bis die Ermittlungen, mit denen ich mich gegenwärtig befaße, so oder so zum Abschluß gekommen sind. Da das jeden Augenblick eintreten kann, brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen.“

„Und inzwischen posaunt dieser Beamte seine verzerrte Idee von allen Dächern aus?“ fuhr Elsbürg empört auf. „Dem werde ich denn doch einmal schleunigst den Standpunkt klarmachen.“

„Nein, nein, das wäre unklug und würde ihn nur reizen, mir ins Spiel zu pfeifen, Herr Graf. Ich glaube auch durchaus nicht, daß Wörle so indistret gewesen

Schwindler auch noch französische Affiganten in den Verkehr, die sie von einer anderen Schwindlerbande übernahmen. Die fälschlichen Schecks lauteten auf Beträge von 3000 Dollar und mehr, so daß die G-Habitanten in salutarischen Räubern um Millionen betrogen wurden.

Verhütung eines Raubmordes. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, ein schweres Verbrechen kurz vor seiner Ausführung zu verhindern. Fünf Berliner Verbrecher hatten die Absicht, in Altlandsberg (Rehagen, Potsdam) einen Raubmord zu verüben. Sie waren am Montagabend gegen 7 Uhr am Tatort erschienen. Zwei von ihnen waren als Vorposten ausgesandt, während die drei anderen in den Boden eines Konfektionsgeschäftes eindrangen, von dessen Inhaberin sie wußten, daß sie über mehrere hunderttausend Mark Bar Geld verfügte. Es war beabsichtigt, die beiden Inhaber mit Akter zu betäuben, zu erwürgen und dann die Leichen in den Keller zu schleppen. Später sollte auch das Dienstmädchen in der Wohnung im ersten Stock ermordet werden. Die Beamten der Berliner Streitmacht hatten rechtzeitig Kenntnis von dem Vorhaben erlangt und entsprechende Vorkehrungen getroffen. Als der Haupttäter dem Inhaber an die Gurgel sprang, schritten die Beamten zur Verhaftung. Es entwickelte sich dabei noch ein kurzes Revolvergefecht, wobei der Hauptverbrecher von einem Kriminalbeamten getötet wurde. Die übrigen, als bekannte Berliner Verbrecher, wurden gefesselt nach Berlin gebracht.

Bad Heidelberg. Die vor zwei Jahren in Heidelberg entdeckte Beryll-Radium-Solquelle soll nunmehr, wie verlautet, ihrer Bestimmung zugeführt werden, nachdem die Versuche mit dem Wasser der Quelle zum Abschluß gelangt sind. Es wurden gute Heilerfolge bei rheumatischen, lastenhaltigen und Knochenschmerzen erzielt. Als der Haupttäter dem Inhaber an die Gurgel sprang, schritten die Beamten zur Verhaftung. Es entwickelte sich dabei noch ein kurzes Revolvergefecht, wobei der Hauptverbrecher von einem Kriminalbeamten getötet wurde. Die übrigen, als bekannte Berliner Verbrecher, wurden gefesselt nach Berlin gebracht.

An Auslandsreisen für die Opfer des Dvauner Unglücks sind weiter eingebracht worden. Die meisten aus Berlin. Seitens der deutschen Kolonie in Bismarck 1000 Mark, von der Deutschen in Sao Paulo 409 386 Mark auf Grund einer vom Herausgeber der dortigen deutschen Zeitung veranstalteten Sammlung. Außerdem wurden von Herrn Beyer in Rio de Janeiro 120 000 Mark gesammelt und dem genannten Blatt für die Unterstützung von Kriegs-Hindernissen zugewandt. Unter anderem wurden von Herrn Beyer in Rio de Janeiro 120 000 Mark gesammelt und dem genannten Blatt für die Unterstützung von Kriegs-Hindernissen zugewandt. Unter anderem wurden von Herrn Beyer in Rio de Janeiro 120 000 Mark gesammelt und dem genannten Blatt für die Unterstützung von Kriegs-Hindernissen zugewandt.

Mit 400 000 Mark durchgekauft. Ein Pfälzer Kaufmannlicher Angehöriger der Deutschen Werke in Erfurt, Otto Beständig aus Pannoch, hat mit 400 000 Mark an Lohnern Kautschuk gekauft. Man vermutet, daß er in das Ausland zu entkommen sucht. Er ist der russischen Sprache mächtig.

Eine Verbrecherbande durch Europa. Nach einer langen verheerenden Jagd durch ganz Europa gelang es in Hamburg, den Griechen Stamati Bilis zu verhaften, der einen anderen Griechen unter dem Namen, daß er Schiffseigner sei und dem Landmann Schiffsaktien verkaufen könne, in London rund um 12 Millionen Mark betrogen hat. Das war im Jahre 1919. Seitdem war man dem Betrüger stets auf der Spur, aber erst in Hamburg, von wo er nach Amerika flüchten wollte, konnte seine Festnahme erfolgen. In seinem Besitz waren noch 95 000 Mark; wahrscheinlich hält er jedoch noch größere Summen verborgen.

Drei Selbstmorde hatte ein Getreidediebstahl zur Folge, der in Moringen bei Göttingen verübt worden war. Die schon betagten Eheleute Moritz, die in den Verdacht des Diebstahls gerieten, verübten gemeinsamen Selbstmord durch Erhängen, und ihre Nachbarin, die auch an dem Diebstahl beteiligt war, beging Selbstmord kurz nach ihrer Verhaftung im Amtsgerichtsgefängnis, wo sie sich erhängte.

Bermischtes.

Das Rheinlandlabel, herausgegeben vom Reichspostministerium. Eine Denkschrift dieses Namens zur Fertigstellung des ersten deutschen Überland-Bermischlabels ist die literarische Würdigung eines Ereignisses, dessen Andenken die Blätter der Verkehrszeitung dauernd bewahren werden. Eine mehr als 700 Kilometer lange Kabelleitung für Fernsprecheverträge verbindet seit einigen Wochen die Rheinlandschleife mit dem deutschen Westen. Die Bedeutung dieser Leitung in ihrem vollen Umfang zu erfassen, ist bisher nur Fachleuten möglich gewesen, da dem Laienstrebenden zusammenhängende Einblicke fehlten. Vier Aufsätze sind in dem von der Reichsdruckerei geschmackvoll und sorgfältig gedruckten Heft vereinigt. Zunächst berichtet Geh. Oberpostsekretär im Reichspostministerium H. Cramer über „Die Entstehungsgeschichte des Rheinlandlabels“. Er erklärt die Notwendigkeit geteilter Fernsprecheleitungen aus der Unzulänglichkeit und den Mängeln der oberirdisch geführten Linien und schildert die Schwierigkeiten, die bei der Kabelung der Fernsprecheleitungen zu überwinden waren. Dann erörtert Prof. Dr. F. Bregia, Geh. Postrat im Reichspostministerium, „Die theoretischen Grundlagen des Fernlabels“ und erläutert die Mittel, die es anzuwenden und auszubauen galt, um den Sprecheverkehr auf Fernlabels überhaupt zu ermöglichen. Darauf folgen Ausführungen von Dr. A. Ebeling über „Die Herstellung des Rheinlandlabels mit seinen Pupinpausen“. Dr. Ebeling ist Direktor der Siemens und Halske-A.G., die das Kabel von Berlin bis Düsseldorf angefertigt und auch ausgelegt hat. Aus dem, was er sagt, erhellt, welche ein Aufwand an Bemühungen dazu gehörte, das theoretisch Gefundene in die Praxis umzusetzen. Die Festen und Guillaume-A.G., die das Kabel Dortmund-Rhein geleitet hat, flüchtet einige Bilder aus ihrem Carlswerk bei der letzten Auktion. „Die Auslegung des Rheinlandlabels“ stammt von A. Deibel, Oberingenieur der Siemens und Halske-A.G. und Direktor der Deutschen Fernlabel-Gesellschaft. Er gibt ein anschauliches Bild von den zahllosen Handgriffen und Arbeiten, die zu leisten waren von dem Augenblick an, da das fertige Kabel mit seinem Zubehör den Bahnhof verließ, bis zu dem Zeitpunkt, da das letzte Stück in den Kabelkanal eingegeben und mit dem Ganzen zur Einheit verbunden war. Reicher Bildsinn ist dem gedruckten Wort beigegeben. Abbildungen charakteristischer Bauwerke der hauptstädtlichen Städte, die das Kabel auf seinem Weg berührt, Zeichnungen zur Verdeutlichung des in den theoretischen Betrachtungen Gesagten, Darstellungen, die den Werdegang des Kabels und seines Zubehörs in Werkstatt und Fabrik aufzeigen und Bilder, deren fesselnde Szenen die Auslegung selbst in ihren verschiedenen Stufen schildern.

Die Zepellinroute Spanien-Südamerika. Kommandeur Emilio Herrera, der Hauptförderer und Organisator des spanisch-südamerikanischen Flugdienstes, hat dem aeronautischen Berichtstatter der „Times“ eine Unterredung gewährt. Wir erfahren hieraus, daß Ingenieure aus den Zepellinwerken die Vorarbeiten in Spanien beauftragten. Vor allem die Herstellung des Duralumins und die Konstruktion der Zepelline. Die Gelände für die Aerodrome bei Sevilla und bei Buenos Aires sind bereits übernommen worden, und man wird in den nächsten Monaten mit dem Bau beginnen. Bei Sevilla werden drei drehbare Hallen errichtet, zwei große für Zepelline und eine kleine für ein Luftschiff von geringerer Größe, das als Schulschiff für den spanischen Dienst zwischen Sevilla und den kanarischen Inseln arbeiten soll. Die Luftschiffe werden noch größer sein als das unglückliche „A. 38“, der Trieb wird durch je 9 Maybach-Motoren bewirkt, von welchen 4 auf jeder Seite und eine hinten am Stern eingebaut sind. Die Kabinen liegen vorne, je eine für den Piloten und seinen Mitfliegen, dann der Salon, ein Rauchraum und die Küche. Es ist Platz für 40 Passagiere vorhanden. Am Kiel wird der große Laderaum eingebaut, speziell für die Postkisten. Man plant wöchentlich eine Hin- und eine Rückfahrt zwischen Sevilla und Buenos Aires. Der Fahrpreis wird etwa 200 Pfund Sterling betragen, das Briefporto etwa 18 Pence. Man hofft, daß die Fahrt nach Südamerika nur 7 Tage dauern wird und daß der regelmäßige Betrieb in zwei Jahren aufgenommen werden kann.

Neue Ausbreitung des Franken-Weinbaus. Aus Aschaffenburg wird uns geschrieben: Die Frankenweine stehen seit Jahren im Zeichen einer äußerst starken Nachfrage. Besonders Bodenseeweinlagen sind begehrt, daß sie von vielen Hunderten deutschen Weinarten zurzeit getrichen sind, weil die Nachfrage das Angebot übertrifft. Dabei haben auch die Frankenweine zwei hervorragende Ernten hinter sich. 1920 brachte an den Ufern des Rheins und seiner Seitennähe Mostgewichte, die alles hinter sich ließen, was bis dahin im fränkischen Weinbaugebiet zu verzeichnen war. Die drei Hauptweingüter, die staatliche Hofkellerei, das Julius-Spital und das Rittergut-Spital in Würzburg herstellten größere Mengen Most mit Mostgewichten von 165 Grad nach Oechsle, bei Beerenrostausfällen sogar bis weit über 200 Grad. Quantitativ war der Herbst 1920 ein außerordentlich guter. 1921 brachte im allgemeinen einen heißen Ertrag mit Mostgewichten von 90 bis 110 Grad, bei bevorstehenden Regen darüber. Stellenweise war aber nur ein Drittel oder gar nur ein Viertel der Ernte. In Bezug auf die Preisbildung hat der Wein dem rheinischen Vorbild auch diesmal nicht viel nachgegeben. Infolge der großen Erträge befeht sich der Weinbau am Untermain wieder, wo er streckenweise in den letzten Jahrzehnten völlig eingegangen war. Noch kurz vor dem Krieg haben unterfränkische Winzer ihre Weingärten „ausgerottet“. Jetzt zeigt sich das gegenteilige Bestreben. Auf dem Stromabschnitt des Mainvierecks zwischen Aschaffenburg und Gr. Gerolzh. sind in einer Reihe von Orten, u. a. in Gr. Oßheim, Sulzbach, Al. Wallstadt und Pfaffenheim kleine Winzervereine gegründet worden. Sie fallen in den Bereich des Unterfränkischen Weinbaugebietes, der den Hauptanteil an der Förderung des Weinbaus am Main hat. Dieser Weinbau reißt von altersher von Bamberg bis Staffelstein hin und hat in der Würzburg-Rheingau Gegend sein Hauptgebiet. In Würzburg befeht ein Weinmuseum, das die künftige Entwicklung des fränkischen Weinbaus in reichhaltigen Sammlungen zeigt. Hauptorte des Weinbauseins sind Würzburg, Kitzingen, Marktbreit und ferner noch Aschaffenburg, Marktfeld und Schweinfurt. Als größter Weinort im ganzen Maingebiet ist die alte, feine Unterfränkische Stadt Würzburg zu betrachten, eine der weinsteinstädte ganz Deutschlands, wo der Wein eines der wichtigsten wirtschaftlichen Elemente darstellt. Nicht bei der Stadt Würzburg befinden sich auch die berühmtesten Weinlagen am ganzen Main, der „Stein“ und der „Leisten“.

Handelsteil.

Zur Umgruppierung der ober-schlesischen Industrie.

Der „K. V.“ wird aus Gleiwitz berichtet: Bei der Untersuchung der Gründe für die Aufwärtsbewegung der Kurse der ober-schlesischen Montanwerte wird man in erster Linie auf die stärkere Beteiligung fremden Kapitals an ober-schlesischen Unternehmungen stoßen. Ein Teil der hierüber verbreiteten Meldungen hat sich nicht voll bestätigt; jedoch läßt schon die Tatsache, daß demnächst an der Pariser Börse die Kurse ober-schlesischer Papiere notiert werden, mancherlei Schlüsse zu. Die an Polen fallenden staatl. Gruben sollen von einer französisch-polnischen Gruppe übernommen werden. Auch über größere französische und englische Kapitalbeteiligung an der Ver. Königs- und Laurahütte und der Kattowitzer Bergbau-Ges. werden Gerüchte verbreitet. Die Heranziehung fremden Kapitals hat für das an Polen abzutretende ober-schlesische Teilgebiet zweifellos einige nicht zu unterschätzende Vorteile. In erster Linie glaubt man, sich dadurch einen größeren politischen Einfluß bei der polnischen Regierung zu sichern, damit diese ihre ungerechtfertigten Liquidationsansprüche und sonstigen Gewaltmaßnahmen gegen Deutsche auf das Mindestmaß beschränkt, und so wirtschaftliche Störungen zu verhüten. Ferner hofft man auch, mit Hilfe des beteiligten fremden Kapitals ausländische Absatzgebiete leichter erschließen zu können. Sprechen also diese Gründe für eine fremde Kapitalbeteiligung, so lassen sich namentlich für die in Deutsch-Ober-schlesien verbleibenden Industrien auch eine ganze Anzahl stichhaltiger Gründe dagegen anführen. So in erster Linie die unangenehme Folgeerscheinung der Überfremdung auf unsere Währung. Die deutsche Zahlungsbilanz wird nämlich dann dauernd durch die jährlichen Dividendenausschüttungen deutscher Aktiengesellschaften an das Ausland erheblich belastet. Immerhin dürfte die vorerwähnten mehr privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte ziemlich in den Hintergrund verdrängen, so daß mit einer größeren ausländischen Kapitalbeteiligung an ober-schlesischen Unternehmungen zu rechnen ist.

Im übrigen hat die ober-schlesische Industrie es verstanden, sich den infolge der Teilung Oberschlesiens veränderten Verhältnissen sehr rasch und geschickt anzupassen. Die Verwaltungen der einzelnen Großunternehmungen werden nach Möglichkeit in deutsches Gebiet verlegt. Den deutschen verbleibenden ober-schlesischen Städten, wie Gleiwitz, Beuthen, Oppeln und Hindenburg, steht für die kommende Bauseison eine rege Bautätigkeit bevor, da in jeder Stadt größere Verwaltungshäuser und Beamten-

wohnungen zur Übersiedelung der Industrieverwaltungen gebaut werden. Auch die Kommunalbehörden der betreffenden Städte sind eifrigst bemüht, sowohl den industriellen als auch den staatl. Verwaltungen die Übersiedelung nach Möglichkeit zu erleichtern. Millionenkredite werden von diesen Städten zur Förderung der Bautätigkeit aufgenommen. Die Städte unter sich machen sich gegenseitig den Rang der künftigen ober-schlesischen Handelsmetropole streitig. Hoffentlich können auch die zu befürchtenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch in letzter Stunde aus dem Wege geräumt werden, damit die ober-schlesische Industrie zum Segen der ganzen Welt nicht in ihrer günstigen Entwicklung gehindert wird.

Berliner Devisenkurse.

W.T.B. Berlin, 3. März. Drachliche Auszahlungen für		2. März 1922		3. März 1922	
		Geld	Brief	Geld	Brief
Holland		9190.80	9209.20	9640.35	9659.65
Buenos Aires		88.85	88.85	93.40	93.60
Belgien		2073.90	2078.10	2187.80	219.20
Norwegen		4225.75	4234.25	4460.50	4469.50
Dänemark		5109.85	5120.15	5334.65	5345.35
Schweden		6353.60	6366.40	6633.35	6648.65
Finnland		486.50	487.50	508.45	507.55
Italien		1278.70	1281.30	1363.60	1366.40
London		1060.40	1062.60	1113.85	1116.15
New-York		239.51	239.99	251.49	252.01
Paris		2187.80	2192.20	2330.15	2345.85
Schweiz		4695.30	4704.70	4970.00	4980.00
Spanien		3836.15	3843.85	4050.80	4059.20
Wien (Deutsch-Ost.)		4.43	4.47	4.58	4.62
Prag		408.05	408.95	408.05	408.95
Budapest		33.98	34.04	35.38	35.44
Warschau					
Bukarest					
Sofia		158.80	159.20	167.80	168.20

Industrie und Handel.

wd. Neuregelung der Eisenpreise. In den Vorbesprechungen über die Neuregelung der Eisenpreise kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung, als deren Folge möglicherweise die Wiedereinführung von Höchstpreisen zu erwarten ist, da auch von Seiten des Reichswirtschaftsamtes der Forderung der Werke auf Erhöhung der Eisenpreise um durchschnittlich 1500 M. je Tonne mit Entschiedenheit widersprochen worden ist. Die Werke haben an Hand der Selbstkostenberechnung nachgewiesen, daß ein Stabpreis von durchschnittlich 750 M. nicht viel mehr als die Deckung der Selbstkosten zulasse.

Zur geplanten Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren. Der Außenhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages gab am 28. Februar folgende Erklärung ab: Der Außenhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages lehnt den Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren ab, weil er neue Warengruppen einer Abgabe in einem Augenblick unterwirft, wo man allgemein Ausfuhrabgaben fallen lassen sollte, weil die Wirtschaftslage, die Preisentwicklung im Ausland, der fortgesetzte Wirtschaftskrieg gegen Deutschland und andere Umstände die Zukunft unserer Ausfuhr so unsicher gestalten, daß jede die Wirtschaft hemmende und den Arbeitsumfang einschränkende Belastung schädlich wirkt.

Verein Chemischer Fabriken, A.-G. in Zeitz. Der Aufsichtsrat beschloß, auf das 20. Mill. M. betragende Aktienkapital 30 Proz. Dividende zur Verteilung zu bringen (L. V. auf 8 Mill. M. 35 Proz.). Ferner soll der ordentlichen Generalversammlung vorgeschlagen werden, das Aktienkapital um 20 auf 40 Mill. M. zu erhöhen. Die neuen Aktien sollen nicht unter 100 Proz. den Aktienkurs zum Bezugs angeboten werden.

Vornehme

Damen-Konfektion

Fortlaufend Eingang der letzten Modelle
Kostüme / Mäntel / Kleider / Blusen
Morgensätze / Unterröcke / Sportjacken
Automäntel / Sportkleidung / Jumps.

— Vorteilhafteste Preislagen. —

Wagner & Schlötel

Frankfurt a. M., Goethestraße 9 u. 11



Kaffee so teuer - brauchst nicht zu klagen - mit Pfeiffer & Diller läßt sich ertragen!

Pfeiffer & Diller macht Bohnen- oder Malz-Kaffee außerordentlich wohl-schmeckend!

Schlingmann-Glasöfner-Gummischützer u. Dosenöfner
Momente öffnen spiel. Gasanzünder-Zündsteinsparer Stein erneuern mühelos. Alleinverkauf: Erich Stephan, Kl. Burgstr.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Gaußscheilfeller: H. Zetlich.

Verantwortl. für den polit. Teil: H. Zetlich; für den Unterhaltungs-Teil: H. Zetlich; für den lokalen und provinziellen Teil, sowie Geschäfts- und Handel: H. Zetlich; für die Anzeigen und Reklamen: H. Zetlich, sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der L. Schellenberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden

Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Zur Messe in Leipzig: Zeissighaus, 3. Stock, Zimmer 227a.

Scharlachberg Meisterbrand

Bingen a. Rh.

Vertreter: Ed. Friedrich, Wiesbaden, Scharnhorststraße 4.

edelster deutscher Weinbrand.
:: Telephon 4860.

Stants-Theater, Affonn.
ob. Antell. 1—2 Plätze.
Adollsallee 47. 3.

Damen u. Herren
des In- sowie Auslandes
aller Stände und Pro-
fessionen, in Privat
und Militär, finden reelle und
ernstliche Gewertermittlung
durch Heins, Westend-
straße 22.

Einheirat!
Alt. Friseurgeschäft, m.
Haus u. Vermögen, auf
dem Land, leicht brave-
tätlich. Friseurarbeiten;
etwas Vermögen erw.
nicht Bedienung. Off. u.
H. 777 an d. Taubst. B.
Jg. best. Aciagerswitwe
führt. Geschäftsfrau, w.
best. Herrn kenn. zu lern.

Mehgermeister
45 J., ja. Ersch., v. b. Ruf
u. g. Char., id. Geld., in
b. Lage, gr. Verm., mit
2 Mädh., sucht pass. Herr.
m. hohl. Ehe. Frau od.

Wwe. o. K. n. ausgesch.
Distr. zug. Aust. Off. u.
K. T. 12468 A an Alta
Saasenstein u. Boaler,
Frankfurt a. M. F 70

Verh. im Hebit. Witwer,
mit 1—2 Kind, zw. Heir.
Ang. H. B. 100 Agent. d.
Frankf. Stg. Kreuzzug.

Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle.
Am 28. Februar: Ingenieur
Johann Weiler, 27 J.; Kind

Walter Kade, 19 Tage; Ehefrau
Friederike Engel geb. Schloker,
71 J.; Eisenbrecher Ernst Keh-
rauer, 17 J. — 1. März: Amt
Fritz Rappes, 2 J.; Zucht-
wachtmeister Wilhelm Bargon,
43 Jahre.

*feiern die Eheleute
mfeller u. Frau*

nayer, das Fest der
Hochzeit
icher Zeit
nfeller jr. u. Frau
ler, das Fest der
Hochzeit

nak
prima Qualitäten,
erkennen

Co., Wiesbaden
Telephon 6331.
70, am Landeshaus.

RÉGINA

Syphilis-
Behandlung nach den
neuest. wissenschaftl.

Methoden
ohne Berufsstörung
5a gegen Einsend.
diskret verschl.
änder's Ambulatorium
Anstrasse 56, gegen-
Tel. „Hansa“ 6953.
Sonntags 10—12 Uhr

hränke
fort, Aufstellung wird
ausgeführt. F133
ann
Moselstr. 31.

en Vogel nicht!

